Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 15 (1935-1936)
Heft: 7

Artikel: Der neurömische Imperialismus und die Völkerbundaktion
Autor: Winkler, Franz
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-158037

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

beteilige, als es ihre Neutralität, die ihr Lebensinteresse sei, erlaube. Wenn der Bundesrat dabei bleibt und darnach handelt, also stets bestrebt ist, den gefundenen Ausweg auszubauen, auch mit Hilfe der Presse, die ihn zu unterstützen die Pflicht hätte, so ist es möglich, den zum Leben der Schweiz notwendigen Grundsatz der uneingeschränkten Neutralität auf dem Wege der Praxis wieder herzustellen. Wir müssen dies aber wollen; denn die unsern Staat gefährdende geographische Lage kann nur durch unseren Willen, sich aller Mittel zu bedienen, die zu seiner Sicherstellung erforderlich sind, also in erster Linie der Neutralität, ausgeglichen werden. Damit ist uns auch das außenpolitische Ziel gewiesen; es zu erreichen, sind der Wege viele, und ohne dreist zu werden, sei man auch nicht zu ängstlich. Die Anderen, und ganz besonders die Großmächte, sind es auch nicht.

Der neurömische Imperialismus und die Völkerbundaktion.

Von **Franz Winkler.**

I. Italiens Kolonialpolitik im Spiegel der Geschichte.

Die italienische Kolonialpolitik ist noch jung und doch wechselvoll in ihrer Geschichte. Italien ist äußerst dicht bevölkert, denn es zählt auf den Quadratkilometer 133 Einwohner, während die meisten europäischen Staaten unter dieser Ziffer liegen, u. a. weist Frankreich 74, die Schweiz 98 Einwohner auf den Quadratkilometer aus. Und nur in Oberitalien und nördlich des Apennin besitzt die Halbinsel fruchtbare und ertragreiche Ländereien. Die italienische Auswanderung nach Amerika und Nordafrika bildete durch Rückleitung der Ersparnisse eine wichtige Post des italienischen Volkseinkommens. Die italienischen Saisonarbeiter traf man in ganz Europa. Die Arbeitsersparnisse gelangten über Winter in der Heimat zum Verzehr. Beide Möglichkeiten erfuhren in der Nachkriegsezit bedeutende Einschränkungen. Amerika schränkte die Einwanderung ein, die europäischen Staaten versuchen die Arbeitsplätze den eigenen Volksgenossen zu erhalten. Eine weitere Verschärfung erfährt das italienische Bevölkerungsproblem durch die weitgehenden Maßnahmen des Faschismus, die Geburtenzahl zu heben, anstatt sich weise Beschränkungen aufzuerlegen. Italien verfügt über geringe Bodenschätze und Rohstoffquellen. Es fehlt Holz, Eisen und Kohle, es mangelt an Öl, Kupfer und Baumwolle. Die Handelsbilanz wird durch die Rohstoffeinfuhr außerordentlich belastet. Und die Maßnahmen Mussolinis, gegen die Arbeitslosigkeit und für die Unterbringung des Menschenüberschusses, bleiben großteils deshalb ökonomisch unwirksam, indem die

aufgewendeten Kosten zu einem Teil für die Beschaffung der Rohstoffe ins Ausland wandern und der inneren Zirkulation verloren gehen. Daraus erklärt sich schließlich die große innere Verschuldung, die 100 Milliarden Lire weit überschritten hat und die das Budget des Staates unverhältnismäßig stark belasten. Aus diesen Umständen erklärt sich weiters die ungünstige finanzielle und wirtschaftliche Lage, die den Faschismus zwingt, ununterbrochen Drosselungen und Einschränkungen im Geld- und Warenverkehr vorzunehmen. Die absinkende Auswanderung und der Rohstoffmangel sind nicht die alleinigen Ursachen der Krise. Italiens Zahlungsbilanz war in früheren Jahren fundiert durch einen starken Fremdenverkehr. Dieser Gold- und Devisenzufluß erfährt durch mehr als einen Grund eine empfindliche fortschreitende Minderung. Verarmung und rückgängige Einkommen auf der ganzen Welt bedingen Einschränkung des Reiseverkehrs. Die zahllosen Devisenbeschränkungen in Dreiviertel von Europa drosseln die Ausreise auch nach Italien. Unter all dem leidet die Wirtschaft Italiens, die unter ökonomisch ungünstigeren Verhältnissen die gleichen oder höhere Steuern aufbringen muß, indes die Staatsausgaben durch Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen wachsen. Die apenninische Halbinsel ist ein Küstenland, ein Land der Schiffer, der Hafenarbeiter und Fischer. Die Schiffahrt ist aber nirgends auf Rosen gebettet und dieser Teil der italienischen Volkswirtschaft erweist sich als wenig krisenfest. Der Faschismus folgert daraus, alle Anstrengungen zu machen, um neuen Lebensraum zu schaffen. Er versucht dies in der gegenwärtig besonders schwierigen Zeitepoche auf zwei Wegen:

Einmal durch Einflußnahme auf die Staaten von Mittel- und Südosteuropa, Afrika und Vorderasien, um einerseits die eigene politische Position zu stärken, anderseits um seinen Warenverkehr zu beleben. Die Bestrebungen der römischen Außenpolitik auf dem Balkan und an der Donau sind Etappen auf diesem Wege auch dann, wenn diese oft mühsam errungenen Positionen verloren gehen oder wankend werden. Diese Operationen verliefen bisher nicht immer glücklich. Zweitens versucht Mussolini der italienischen Kolonialpolitik neue Impulse zu geben, um Lebensraum, Brot und Rohstoffe irgendwie sicher zu stellen. Italien fühlt sich zurückgesetzt und es ist in der Tat durch das Schicksal stiefmütterlich behandelt worden. Durch die Natur und Geschichte begründet, wäre Italien die Großmacht des Mittelmeeres mit dem Brückenschlag über Sizilien nach Afrika. Der italienische Kolonialbesitz erscheint angesichts der Landerwerbungen der anderen Kolonialmächte freilich unbedeutsam. Er umfaßt in Afrika:

Lybien (Tripolis, Cyrenayka)	1,650,000 qkm	mit 745,000	Einwohnern
Erythräa	119,700 qkm	mit 393,000	„
Italienisch Somaliland	405,000 qkm	mit 740,000	„
Jubaland	91,120 qkm	mit 160,000	„

In Vorder-Asien bestehen die Erwerbungen aus Rhodos und Dodekanes (Zwölfinselgruppe) mit rund 1,500 qkm und 120,000 Einwohnern, welche

im Ägäischen Meere zu bedeutenden militärischen Stützpunkten ausgebaut wurden.

Schon das vorfaschistische Italien richtete seine Blicke nach Nordafrika, auf die verfallenen historischen Stätten einer einst blühenden römischen Kultur, die nebst Sizilien die Kornkammer Roms bildeten. Die italienische Auswanderung geht schon seit vielen Jahrzehnten dorthin und das italienische Element hat sich frühzeitig an den Küstenstrichen Nordafrikas niedergelassen. Die italienische Außenpolitik der Vorkriegszeit operierte außerordentlich unglücklich und bei den zahlreichen Gelegenheiten, Kolonialbesitz zu erwerben, griff es nicht zu. Selbst beim Berliner Kongreß 1878, auf dem sich die europäischen Mächte über die Verteilung Nordafrikas einigten, nahm Italien freiwillig eine Isolierung auf sich. Es ließ 1870 das von England gewünschte englisch-italienische Freundschaftsabkommen ungenützt und der von Deutschland vorgeschlagene Bündnisvorschlag zerschlug sich knapp vor dem Abschluß. Nordafrika unterstand damals großteils der türkischen Oberhoheit oder mohammedanischer Sultane. Die berechtigten Aspirationen Italiens auf Tunis vernichtete überraschenderweise Frankreich (1881) durch den Einmarsch seiner Truppen in Tunis. Italien, schwer verletzt, opponierte schärfstens gegen diese Okkupation und lehnte trotzend das Angebot Frankreichs, Tripolitanien als Kompensation zu nehmen, ab. Seit 1881 war diese Frage Ursache latenter Gegensätze zu Frankreich, die erst am 7. Januar 1935, durch das Abkommen Laval-Mussolini, überbrückt werden konnten. Die Zugeständnisse Frankreichs bestehen in der Beibehaltung des gegenwärtigen Tunis-Statutes für weitere zehn Jahre, denn erst im Jahre 1960 tritt das französische Nationalitätengesetz für die Italiener in Tunis, die bis dahin die jetzige Vorzugsstellung weiter genießen, in Kraft. Die italienische Durchdringung von Tunis ist also nur mehr von begrenzter Dauer. Italien richtete aber schließlich doch sein Augenmerk auf Tripolitanien und die Cyrenayka, um wenigstens ein Teilstück der Küste Nordafrikas zu erwerben. Allein erst 31 Jahre später erhielt Italien im Friedensvertrag von Lausanne (1912), der den griechisch-türkischen Krieg beendete, die Herrschaft über diese Gebiete zugesprochen. Die nordafrikanischen Stämme der Berber und Senussi setzten den italienischen Eroberungstruppen heftigsten Widerstand entgegen, der in einem zwei Jahre (1912—1914) währenden blutigen und kostspieligen Krieg endete. Während des Weltkrieges ging das so mühsam Errungene wieder verloren. Italien räumte die Kolonie bis auf die Städte Tripolis und Homs. Die Eingeborenen nahmen von Lybien wiederum für einige Jahre Besitz. Erst unter dem neuen Gouverneur Volpi gelang von 1921—1928 die vollständige Rückgewinnung. Lybien gewährt Möglichkeiten, Wein, Oliven, Südfrüchte, aber auch Kaffee und Baumwolle zu kultivieren. Als England sich 1882 anschickte, die Hand auf Ägypten und den Sudan zu legen, lud es Italien ein, sich daran zu beteiligen. Wiederum lehnte Italien ab. England errang damit die Vormachtstellung im Mittelmeer, die es durch starke Positionen

gesichert hat. Die starken Plätze Gibraltar und Malta, die Besetzung Cyperns (1878), die Eroberung Ägyptens, Port Said und der Kriegshafen Jaffa (Palästina) sind dominierende Stellungen, die der Expansionspolitik des Faschismus sehr enge Grenzen setzen. Im Jahre 1884 erlaubte man Italien, die Hafenstadt Massaua zu besetzen, wodurch die Kolonie Erythräa begründet werden konnte. Schließlich erhielt Italien eine Zone am Jubafluß in Ostafrika, die Ausgangspunkt für die Begründung von Italienisch-Somaliland werden konnte. Im Geheimvertrag vom 26. April 1915 von London, der Italiens Eintritt in den Krieg auf Seite der Entente und gegen die Mittelmächte bewirkte, erhielt Italien u. a. auch koloniale Zugeständnisse, die England bereits 1926 erfüllte, während Frankreich zögerte. Eine der vielen Ursachen, welche die Spannungen in den letzten 15 Jahren zwischen Rom und Paris bedingten. Durch die römischen Abmachungen vom 7. Jänner d. J. fanden diese ihre Bereinigung, indem Frankreich an Italien 100,000 qkm für Südlybien bis an die Abhänge des Tibesti-Hochlandes und 1000 qkm von Französisch-Somaliland abtrat. Außerdem erhielt Italien $^1/_5$ des Besitzes an der Bahn Djibuti-Addis Abeba. Dadurch erscheinen die Einflußzonen zwischen England, Frankreich und Italien in Nord- und Ostafrika endgültig abgegrenzt.

II. Römerkonvention — Stresablock — Völkerbund.

Noch besteht keineswegs volle Klarheit über den Gesamtumfang der Abmachungen Laval-Mussolini vom 7. Jänner dieses Jahres. Die Publikationen sprachen über den erfolgten Ausgleich der seit langem zwischen Italien und Frankreich schwebenden Differenzen in Nordafrika. Mussolinis Interesse bestand in der Beseitigung der italienisch-französischen Spannung, um eine Politik der Freundschaft und der politischen wie militärischen Zusammenarbeit der beiden lateinischen Nationen einleiten zu können, was auch in erstaunlich kurzer Zeit gelang. Laval wünschte die römischen Expansionsbestrebungen von den französischen Kolonialgebieten abzulenken, die Trennung Italiens von Deutschland zu verewigen und die faschistische Donaupolitik, unter Einschaltung der verbündeten Staaten der Kleinen Entente, zu einer Donauföderation umzugestalten. Mussolini brachte bedeutende Opfer, denn sein Verzicht auf Tunis ist außerordentlich weitgehend, die Trennung von Deutschland bedeutete Aufgabe der Schiedsrichterrolle zwischen Berlin und Paris und damit Verzicht auf die dominierende Stellung in der Europapolitik und die Einschränkung des italienischen Protektorates an der mittleren Donau, zugunsten der französischen Bundesgenossen, involvierte die Preisgabe von Positionen, die in den letzten Jahren mühsam errungen und aufgebaut worden waren. Diese sehr weitgehenden Konzessionen sind allein verständlich durch die Notwendigkeit, die französische Rückendeckung für die Eroberung Abessiniens zu erlangen. Laval bestreitet, solchen Absichten ausdrücklich zugestimmt zu haben. Sicher aber ist, daß Laval nicht widersprochen hat und bis zur Stunde alles

zur Schonung Italiens unternimmt. Der Abschluß der Römerkonventionen stand im Schatten Äthiopiens! Mussolini durfte mit vollem Recht auf die Toleranz Frankreichs rechnen. Die Mobilisierung und die Verschiffung von Truppen nach Nordostafrika setzte denn auch nach diesen historischen Abmachungen ein. Ein zweiter Umstand bestärkte den Duce in dem Glauben, den Angriff auf Abessinien wagen zu können, als er in seinen Unterredungen mit Mac Donald den Eindruck empfing, daß die englische Regierung mit sich reden lassen würde. Bekanntlich weist Mussolini in seiner Verteidigung gegenüber der intransigenten britischen Haltung darauf hin, daß er London frühzeitig von seinen Absichten in Kenntnis gesetzt habe. Vermutlich hätte eine klare und eindeutige Sprache Frankreichs und Englands — rechtzeitig — die jetzige Situation nicht heraufbeschworen. Die am 16. März erfolgte Proklamation der allgemeinen Wehrpflicht durch Adolf Hitler führte zur Konferenz von Stresa und zur Bildung der Stresafront. Mussolini stellte sich auf die Seite Frankreichs und verließ seine bisherige Haltung gegenüber Deutschland in sehr grundsätzlicher Form, indem er sich vom Revisionisten zum Verteidiger der Friedensverträge und des Völkerbundes wandelte. Der Duce bekannte sich in Stresa zu den Thesen der Politik des Quai d'Orsay, die er in den letzten Jahren verdammt hatte. Deutschland wurde als „Vertragsbrecher" verurteilt und die Einberufung einer Donaukonferenz, mit deren Gestion der Duce betraut wurde, zwecks Schaffung des Donaupaktes als Basis für eine Donauföderation, beschlossen. Noch einmal siegte Frankreichs Diplomatie über Deutschland und Stresa bildete den Höhepunkt jener Einkreisungspolitik gegenüber Berlin, die Barthou eingeleitet hatte. Mussolini verzichtete aber damit endgültig auf die Freundschaft zu Deutschland, die schon durch die Wiener Julireignisse im vorigen Jahre eine arge Erschütterung erlitten hatte. Freilich stand auch Stresa im Schatten Äthiopiens! Mussolini nahm an, daß sein Einschwenken in die Front der Westmächte durch Entgegenkommen gegenüber seinen Abessinienplänen belohnt werden würde. Mac Donald und Simon ließen sich aber in eine meritorische Behandlung nicht ein und beschieden den italienischen Regierungschef dahin, Vorschläge durch den Botschafter in London überreichen zu lassen, deren Prüfung sie zusicherten. Die anschließenden italienischen Kriegsvorbereitungen nahmen an Intensität und Tempo zu. Den Völkerbund beachtete die römische Politik kaum, den Rom lediglich als diskutierenden, aber nicht handlungsfähigen Faktor einschätzte. Das Schiedsverfahren wegen des Zwischenfalles von Ual-Ual lief, ohne daß Rom an einer eiligen Entscheidung besonderes Interesse hatte, zumal die militärischen Vorbereitungen kaum vor September abgeschlossen sein konnten und diese auf das Ende der Regenperiode abgestellt waren. Mussolini vertrat überdies seit Jahren den Gedanken, den Völkerbund möglichst auszuschalten und neben diesen kleinere Instrumente zu setzen, in denen sich Italien leichter Geltung und Führung zu sichern wußte. Der Viermächtepakt stellte die Krönung dieser Taktik dar. Die großzügigen Maß-

nahmen Italiens an den Küsten Nordostafrikas, auf den Inseln des Dodekanes und in Lybien, die Sprache der faschistischen Presse, die antienglische Agitation in den britischen Einflußgebieten, die Aufstapelung ungeheurer Vorräte an Kriegsmaterial, die militärischen und finanziellen Kriegsdekrete, sowie die Ingangsetzung der Kriegsmaschine betrachteten die einen als Manifestation, die anderen als faschistische Ablenkungsstrategie gegenüber dem eigenen Volke, das seit langem murrt. Der britische Admiralstab dachte aber ernster und griff bei Baldwin ein, der von einer gefährlichen Bedrohung der englischen Mittelmeerinteressen und der britischen Brückenstellungen nach Indien vollends überzeugt wurde. Die Gegenmaßnahmen des Empire setzten systematisch in aller Ruhe ein, Mac Donald-Simon treten zurück, Baldwin-Hoare übernehmen die Führung. Mussolini scheint erst in jüngster Zeit und reichlich spät die Bedeutung dieser Veränderungen erkannt zu haben, denn sein Verhalten gegenüber Eden, anläßlich seines Besuches in Rom, der auch formell eine unmögliche Behandlung fand, wie bei der Dreierkonferenz in Paris, vermag nur in diesem Zusammenhang einigermaßen erklärlich erscheinen. Diese folgenschweren Fehlentscheidungen des Duce ließen das Gegenteil seiner Wünsche wahr werden. Der italo-abessinische Konflikt landete, sehr gegen den Willen Mussolinis, beim Völkerbund, von dem er kaum mehr zu trennen ist, trotzdem der italienische Regierungschef in dieser Richtung noch heute alle Anstrengungen macht. Und nachdem sich nach der Dreierkonferenz England entschlossen hinter den Völkerbund stellte, verteidigt es diesen und sich selbst. Italien geriet in eine fatale, Frankreich in eine peinliche Situation. Mussolini büßt nun die Unterschätzung der Lebenskräfte Englands und die Überschätzung der Konventionen mit Frankreich. Die hysterisch-temperamentvolle Sprache der italienischen Staatsmänner und Journalisten vermag daran nichts mehr zu ändern. Und es darf angenommen werden, daß England und der Völkerbund bis zum Ende gehen werden und daß Frankreich, mit und ohne Laval, für den britischen Standpunkt zu optieren gezwungen ist. Während Baldwin sich ein Volksplebiszit durch Ausschreibung von Neuwahlen erlauben darf, kämpfen Laval und Mussolini einen verzweifelten Start um Prestige, Amt, Würden und Macht. Der Ausgang dieses Rennens erscheint kaum mehr zweifelhaft. Indes führt Abessinien einen Verteidigungskrieg für die Thesen des Völkerbundes, für die Erhaltung der britischen Hegemonie an den Gestaden des Mittel- und Roten Meeres. Hunderttausende Krieger des Kaisers Selassie, deren Ausrüstung stündlich besser wird, stehen an Nord- und Ogadenfront. Und auch Rom dürfte mit Schaudern erkennen, daß der Besitz von Adua und Axum einen sehr problematischen Gewinn darstellt. Allein, je länger der Krieg dauert und je mehr sich der militärische und moralische Widerstand Äthiopiens versteift, desto ernster wird die Bedrohung durch die wirtschaftlichen Sanktionen und desto geringer die moralische Widerstandsfront in Italien selber. Denn die Erfahrung lehrt, daß die Kriegsbegeisterung zwar am Anfang,

nicht immer aber am Ende eines Feldzuges steht. Das Tempo der Maßnahmen des Völkerbundes steht zweifelsohne in Relation zu den militärischen Fortschritten der italienischen Okkupationsarmee. Ständen römische Kohorten vor Addis Abeba, dürfte vermutlich schon die Blockade spielen. So muß man die Dinge und die Entwicklung sehen. Das Italien Mussolinis steht vor schweren Krisen. Der Völkerbund kann über die Vorschläge des Fünferausschusses, die sich der Völkerbundsrat zu eigen machte, vermutlich nicht mehr hinaus gehen, weil ein solcher Vorgang einer Prämiierung des italienischen Angriffs gleichkäme. Besitzt aber Mussolini heute überhaupt noch die Möglichkeit, den Rückzug auf das von ihm abgelehnte Völkerbundangebot anzutreten, der eine Räumung Aduas, Adrigats und Axums bedingen würde? Die Antwort auf diese Schicksalsfrage des Duce dürfte kaum zweifelhaft sein. Und trotz schwerer Enttäuschungen und trotz Ingangsetzung der Sanktionsmaschine gegen Italien, scheut sich das zum Angeklagten gestempelte Land, Genf zu verlassen. Die diplomatische Niederlage der faschistischen Außenpolitik ist schwer, wenn nicht katastrophal, jedenfalls aber offenbar.

Die sogenannte „Entspannung", auf die sich kombinierte Hoffnungen gründen, bezieht sich auf das englisch-italienische Verhältnis, ohne die Gegensätze Rom-Genf zu mildern. Der britische Standpunkt, es handle sich um eine reine Völkerbundsaktion, scheint sich durchzusetzen.

III. Die besonderen Rückwirkungen auf Donaueuropa.

Ein Brand an der Nordostecke Afrikas zieht Europa und man darf dies heute schon feststellen, die ganze Welt in Mitleidenschaft. Durch das im Frieden von Versailles dekretierte und durch den Völkerbund verkörperte neue System der Kollektivität, werden über 50 Staaten an dem relativ kleinen Konflikte unmittelbar beteiligt. Die Möglichkeiten militärischer Zusammenstöße in Europa sollen dabei noch ganz außer Betracht bleiben. Die sich entwickelnden ökonomischen Konflikte, welche die Völkerbundaktion automatisch auslöst, schaffen neue politische Konstellationen, beeinflussen die Geistesverfassung der Völker, lösen Freundschaften und schaffen neue Gegensätze, lähmen die vielfältige Initiative auf allen Gebieten, stürzen Welthandel und Währungen in Unruhe, verursachen Kriegspsychose mit ungesunden Folgeerscheinungen, hemmen Fortschritt und Wiederaufbau. Die eintretenden Schäden sind unermeßlich und die ungünstigen Rückwirkungen auf die Wohlfahrt des letzten Bürgers von Europa unvermeidlich. Darüber dürfen die guten Geschäfte der Rüstungs- und Kriegsindustrie und die Spekulationsabsichten der Leichenfledderer und Krämer, die an der Ausdehnung des Konfliktes ein egoistisches Interesse haben, nicht hinwegtäuschen. Auch ohne europäischen Krieg ist der Friede zu tiefst erschüttert, durch die dauernd Unruhe stiftende römisch-imperialistische Zielsetzung und die Ungerechtigkeiten des Friedensvertrages von Versailles. Die kriegerische Auflehnung erfolgt allerdings nicht durch Besiegte, sondern durch

einen Sieger, dem das Schicksal durch Jahrzehnte durchaus günstig gesinnt war.

Und schon zeigen sich die Rückwirkungen des italo-äthiopischen Krieges und die hierdurch ausgelösten außenpolitischen Veränderungen auf die innere Gestaltung einzelner Staaten. In England dürften die Konservativen, denen man noch vor einigen Monaten eine Niederlage voraussagte, bei den kommenden Wahlen obsiegen, in Frankreich verschärfen sich die Gegensätze zwischen Rechts und Links und die Tage Lavals scheinen gezählt zu sein; trotz Wiederwahl zum Senat. In Griechenland vollzieht sich die monarchische Restauration in einem unerwarteten Tempo.

Mit der Präzision eines Barometers reagiert der Donauraum, der besondere und intime Zusammenhänge aufweist. Die faschistische Außenpolitik widmete der Donau- und Adriastellung größte Aufmerksamkeit. Es suchte des weiteren Einfluß in der Ägäis, um die eigene Mittelmeerstellung zu sichern. Rom versöhnte Griechenland mit der Türkei mit dem Ziele, beide in die römische Politik einzubeziehen. Die anfänglichen Erfolge zerbrachen und die Türkei zog die Freundschaft Rußlands und Jugoslaviens vor, zumal es in den italienischen Befestigungsanlagen auf dem Dodekanes eine Bedrohung Kleinasiens erblickt und Italien als Eindringling in die türkischen Interessensphären betrachtet. Einen ähnlichen Weg ging Griechenland, das sich ebenso wie die Türkei dem Balkanbund anschloß. Mit dem Zusammenbruch des jüngsten venizelistischen Aufstandes verlor Italien seine letzte Position. Die Gegensätze zu Jugoslavien sind in den letzten 15 Jahren äußerst virulent gewesen. Ihnen liegen sehr natürliche Ursachen zugrunde. Die Friedensverträge stellten slavische Gebiete unter italienische Souveränität, der Handstreich auf Fiume raubte Jugoslavien den einzigen ausgebauten Hafen an der Nordküste der Adria. Inmitten der jugoslavischen Adriaprovinz Dalmatien liegen die italienischen Bastionen von Zara. In der Flanke Jugoslaviens schuf Italien in Albanien ein Protektorat, in Makedonien förderte es die Banden Michailows, um den Zankapfel zwischen Bulgarien und Jugoslavien lebendig zu erhalten, in Sofia arbeitete die italienische Diplomatie mit dem Versprechen, den bulgarischen Revisionismus zu fördern, und selbst Rumänien näherte sich vorübergehend dem römischen Blocksystem. Schließlich unterstützte Rom den kroatischen Separatismus zwecks innerer Aufspaltung Jugoslaviens, deren Träger — die Ustascha — das Attentat gegen König Alexander und Barthou vollführte. Unter der Führung König Alexanders vollzog sich auf dem Balkan eine Reaktion, die durch Bildung des Balkanbundes den italienischen Einfluß fast völlig verdrängte. Die faschistische Balkanpolitik endete, trotz gewaltiger moralischer und finanzieller Opfer, mit einem vollen Mißerfolg. Aus diesem und anderen Gründen wandte sich Mussolini der mittleren Donau zu. Ungarn, umklammert von den Staaten der Kleinen Entente, fand bei Italien Verständnis für seine Revisionswünsche und die Sentimente des Ungartums fanden aufmerksame Pflege durch das faschistische Italien. Der

langjährige Ministerpräsident Graf Stephan Bethlen schloß im Vertrage von 1927 Ungarn dem italienischen Bündnissystem an, das seit drei Jahren nun auch Gömbös betreut und ausweitete. Unter die Römerprotokolle vom März 1934 setzte auch Ungarn seine Unterschrift, durch die es versprach, seine Außenpolitik im Einklang mit Rom zu führen. In diesem Dreiervertrag erhielt es wertvolle wirtschaftliche Zugeständnisse von Italien und Österreich, denn die Übernahme des Weizens, dieses ungarischen Standardartikels, erfolgt zu Preisen, die wesentlich höher als die Weltmarktnotierungen liegen.

Nach dem Ausscheiden Dr. Seipels begann Italien seine Stellungen auch in Österreich in zweifacher Richtung auszubauen. Es förderte und sustentierte die Heimwehren Starhembergs, die sich seither als verläßliche und eifrige Stützen des Italo-Faschismus in Österreich betätigen. Durch diese innerpolitische Durchdringung nahm Italien wirksames Interesse an der Schaffung gefügiger innerer Verhältnisse in der Donaurepublik. In Verständigung mit dem Vatikan förderte die italienische Außenpolitik die Machterhaltung des regierenden politischen Katholizismus. Mussolini fand in Dollfuß den Wegbereiter im Kampfe gegen Nationalsozialismus und Sozialdemokratie, die als große politische Gruppen dem italienischen Vorstoß durchaus ablehnend gegenüberstanden. Mussolini deckte mit seinen Bajonetten den Staatsstreich und die Aufrichtung der Diktatur, die die Einbeziehung Österreichs in das römische Bündnissystem erst ermöglichte, das in den Römerprotokollen im März 1934 auch formell Ausdruck erhielt. Der Vormarsch Italiens an die Donau stieß aber auf den heftigen Widerstand der Kleinen Entente-Staaten, im besonderen Jugoslaviens und auf die Gegnerschaft Frankreichs und Deutschlands. Letzteres übt seit einem Jahre größte Zurückhaltung, während Frankreich trachtete, die italienische Vorherrschaft an der mittleren Donau, im Interesse einer europäischen Zusammenarbeit mit Italien, in ein kollektives System aller Donaustaaten zu überführen. Dieser Aufgabe sollten Donaukonferenz und Donaupakt dienen, welche einerseits im Geiste römischer Auffassung das politische und soziale Regime in Österreich sichern, anderseits den Ausgleich zwischen Revisionismus und dessen Antipoden schaffen sollten. Viele Fakten verhinderten Einigung und Abschluß, nicht zuletzt die von der Wiener Regierung aufgeworfene Habsburgerfrage, welche die Verhandlungen sehr erschwerte. Aber auch über der Donaukonferenz, die schon für den 21. Mai in Aussicht genommen war, liegen die Schatten des italo-abessinischen Konfliktes und Laval und Mussolini dürften vermutlich die Donaukonventionsentwürfe zu den vielen verstaubenden Paktakten gelegt haben.

Die außerordentlichen Rückwirkungen auf den Donauraum zeichnen sich schon heute ab. Die Erschütterung der Stresafront und das Scheitern der Donaukonferenz verdichten die Beziehungen Prag-Moskau. Gömbös verstärkt seine Beziehungen zu Warschau und Berlin, da die Dreiecksbasis

— Rom-Budapest-Wien — ihm geschwächt erscheint. Albanien, Österreich und Ungarn gehören dem Völkerbund und gleichzeitig dem römischen Blocksystem an. Im Plenum der Völkerbundsversammlung entschieden sie sich für Italien und gegen die Genfer Liga, indem sie gegen den Völkerbundsantrag votierten. Österreich nimmt allerdings mit einer solchen Haltung unter Umständen Konsequenzen auf sich, da es vielfältig dem Völkerbund verpflichtet ist und unter dessen Kontrolle steht. Sowohl die Staatsfinanzen, wie die Nationalbank und die Bundesbahnen werden durch ständige Berater geprüft und kontrolliert. Die betont italophile Haltung der Wiener Regierung verdient auch deshalb höchste Beachtung, weil ihr Bestand fast zur Gänze auf dem Wohlwollen des Auslandes beruht, da ihr die Vertrauensbasis im Volke selbst mangelt. Die politische und finanzielle Abhängigkeit vom Völkerbund findet ihren Niederschlag in den Genfer Protokollen und im Lausanner Vertrag. Es erscheint daher durchaus begreiflich, wenn auch innerhalb der Wiener Regierungsfront die Meinungen in der Sache selbst geteilt sind. Man hätte vielfach lieber eine neutrale Erklärung der Regierung vernommen, ohne feindselige Einstellung nach beiden Seiten. Derlei Mißhelligkeiten hochpolitischer Natur, verbunden mit seit Langem bestehenden Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Heimwehren, lösten jüngst eine Regierungskrise aus, welche zu einer Neu- und Umbildung führte. Es fällt auf, daß eine der Stützen der Heimwehren, dem diese viel, wenn nicht alles verdankt, Major Fey, der Regierung nicht mehr angehört. Damit scheidet einer der führenden Männer der alten Heimwehrgarde aus dem öffentlichen Leben des autoritären Österreich; aber was noch wichtiger ist, aus einem Wehrverbande, der so wesentlich zu den gewaltsamen Veränderungen beigetragen hat. Die regierende Heimwehr verliert dadurch an innerer Kraft und äußerer Geschlossenheit, steht ihr doch von nun ab eine Opposition von Steidle bis Fey entgegen. Das Ausscheiden des Bundesbauernschaftsführers Reither, der in weiten Teilen der katholisch-klerikalen Bauernschaft starkes Ansehen genießt, schwächt erheblich die Basis der regierenden Front. Schuschnigg-Starhemberg führten geradezu demonstrativ eine betont italophile Verstärkung der neuen Regierung durch. Am sinnfälligsten kommt diese Tatsache durch den Wechsel im Finanzministerium zum Ausdruck. Buresch besaß im abtretenden Kabinett kaum Gegner. Sein Ansehen in Völkerbundkreisen verschaffte ihm zahlreiche finanzielle Erfolge. Das Finanzressort ist nun aber im gegenwärtigen Zeitpunkt ausschlaggebend für die Durchführung aller Maßnahmen pro und kontra Sanktionen. In dem kontinentalen Ring, den der Völkerbund um Italien zu ziehen im Begriffe steht, könnte nun Österreich für die Durchbrechung zugunsten Italiens eine entscheidende Rolle spielen. Dr. Draxler, der Hausanwalt Starhembergs, dürfte in der Tat geneigter sein, italienische Wünsche zu erfüllen. Die italienische Regie arbeitet zunächst meisterhaft. Die künftige Entwicklung dürfte dennoch lehren, daß vorübergehender kommerzieller Nutzen, den Österreich aus dieser Situation

zu ziehen glaubt, auf die Dauer Nachteile in politischer und ökonomischer Richtung mit sich bringen muß.

Es war unklug und kurzsichtig, das Schicksal Österreichs an das Mussolinis zu knüpfen. Eine aufrechte, rein österreichische Haltung würde für das Land von größerem Nutzen sein. Der Kampf um die Unabhängigkeit und die Freiheit Österreichs erscheint in neuem Lichte, denn die Deklaration der Wiener Regierung in Genf offenbart eine weitgehende Abhängigkeit von Italien. Im Kampfe gegen Deutschland verzichtete das Regime auf größere und bedeutsamere wirtschaftliche — und wohl auch politische — Vorteile, die jetzt vorgeschützt werden, um das proitalienische Votum zu motivieren.

Den zahlreichen innenpolitischen Veränderungen in einer Reihe von Staaten dürften andere folgen. Die Rückwirkungen zeigen sich auf allen Gebieten und eine Grenze abzustecken erscheint dermalen noch nicht möglich. Maßgebend wird die Dauer der europäischen Spannungen sein. Sie ist bedingt durch die nicht greifbare unsichtbare Größe: Das Ausmaß der Widerstandskräfte der beiden kriegführenden Parteien.

Die Mandschurei als wirtschaftliches und politisches Kraftfeld.

Von **Gustav Fochler-Hauke**, Harbin.

II.

Sensationell aufgemachte Berichte der Tageszeitungen haben in den letzten Jahren nur allzu oft große, kurz bevorstehende kriegerische Auseinandersetzungen in der Mandschurei angekündigt, in die sie unausbleiblich sich die Sowjetunion, Japan und Amerika, ja vielleicht sogar europäische Kolonialmächte hineingezogen dachten. Wenn es dennoch bislang nicht zu diesem erwarteten und befürchteten Weltbrand gekommen ist, so hat das viele Gründe, die näher zu beleuchten hier versucht werden soll.

Es sind vor allem die geographische Lage, die wirtschaftliche und strategische Bedeutung der Mandschurei und Macht und Ziele der an ihr interessierten Staaten aufeinander einzuspielen und gegeneinander abzuwägen. Am Rande des ostasiatischen Festlandes gelegen, zu einem Großteil von Urwäldern und Sümpfen eingenommen, im Westen und Süden von alten Kulturherden, im Osten von einem abgelegenen Meer und im Norden von klimatisch wenig begünstigten Landstrichen umgeben, hat die Mandschurei seit Jahrtausenden das Schicksal gehabt, ebenso Rückzugs- und Sammelgebiet von kulturarmen Völkern und Stämmen, wie Übergangsland zwi-